

Pulsnitzer Wochenblatt

5. Jahrgang Nr. 18. Tel.-Nr. Wochenblatt Pulsnitz Bezirksanzeiger

und Zeitung Postcheck-Konto Dresden 2138. Gem.-Giro-K. 146
Bank-Konto: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz.

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Monatlich M 19.50 bei freier Zustellung; bei Abholung — monatlich M 16.—; durch die Post vierteljährlich M 49.50. —



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die sechsmal gebaltene Beilage (Moffe's Zeilenmesser 14) 300 Bsp., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 250 Bsp., Amtliche Zeile M 9.—, und M 7.50 — Restliche M 7.00. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitrauben und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. —

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 80.

Sonnabend, den 8. Juli 1922.

74. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe der Anmeldungen der Kraftfahrzeuge und Probefahrtenkennzeichen zum Zwecke der Besteuerung.

Nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz vom 8. April 1922 sind mit Wirkung vom 1. Juli 1922 ab auch die bisher steuerfreien Kraftfahrzeuge, insbesondere also Kraftdroschken, Kraftomnibusse und Lastkraftwagen, sowie die Probefahrtenkennzeichen zu versteuern.

Ferner sind nach § 19, Abs. 2 des Gesetzes auch die Eigendesther bereits versteuerten Kraftfahrzeuge zur Abgabe einer neuen Steuerkarte verpflichtet, wenn die laufende Steuerkarte nach dem 31. Oktober 1921 gelöst worden ist.

Die hiernach steuerpflichtigen Kraftfahrzeugbesitzer und Inhaber von Probefahrtenkennzeichen sind zur Anmeldung ihrer Kraftfahrzeuge und Probefahrtenkennzeichen bei dem unterzeichneten Finanzamt verpflichtet. Das Finanzamt wird die Steuerpflichtigen, soweit sie ihm bekannt sind, demnach zur Anmeldung unter gleichzeitiger Ueberendung von Vordrucken auffordern. Der Steuerpflichtige ist zur Anmeldung auch dann verpflichtet, wenn ihm eine besondere Aufforderung oder ein Vordruck nicht innerhalb drei Wochen zugefandt worden ist.

Finanzamt Ramenz, am 3. Juli 1922.

Auf Blatt 372 des Handelsregisters, den Bankverein Bischofswerda Aktiengesellschaft Zweigstelle Großröhrsdorf, Zweigniederlassung der Aktiengesellschaft „Bankverein Bischofswerda Aktiengesellschaft“ mit dem Sitze in Bischofswerda, betr. ist heute eingetragen worden:

Der Gesellschaftsvertrag ist in den §§ 21, 29 und 35 abgeändert worden.

Amtsgericht Pulsnitz, am 24. Juni 1922.

Der 5. Nachtrag zur Satzung für die Benützung der städtischen Wasserleitung zu Pulsnitz

ist von der Kreishauptmannschaft unter Mitwirkung des Kreisausschusses genehmigt worden.

Der Nachtrag, der ab 1. Juli 1922 in Kraft tritt, legt vom 10. bis mit 22. Juli 1922 in der Stadtkasse zur Einsichtnahme aus. Druckstücke werden den beteiligten Grundstücksbesitzern gelegentlich ausgehändigt.

Pulsnitz, den 8. Juli 1922.

Der Stadtrat.

Das Wichtigste.

In Oberschlesien ist vorgestern die 6. Zone geräumt worden. Bis 10. Juli soll ganz Oberschlesien geräumt werden.

Der bayerische Ministerrat lehnte erneut das Schußgesetz ab.

General Ludendorff dementiert, daß er mit Günther in politischen Beziehungen gestanden hat.

Poincaré hat in der französischen Kammer nach stundenlanger Debatte sein Vertrauensvotum erhalten.

In nächster Zeit wird eine Abordnung von Angora nach Moskau reisen, um Trojki den türkischen Marschallstab zu überbringen.

Reichspräsident Ebert ist wieder nach Freudenstadt abgereist, um seine Kur fortzusetzen.

Die Kampfstimmung in den Berliner Parlamenten hat stark nachgelassen, die Abgeordneten haben Sehnsucht nach Entspannung. Sowohl Reichstag als preussischer Landtag werden bis zum 8. Juli ihre Arbeiten abschließen und sich bis Mitte September vertagen.

Das endgültige Resultat der Dresdner Elternratswahlen ist: 517 Mitglieder der Christlichen Liste, 515 der weltlichen Liste und 10 der neutralen Liste. Die Wahlbeteiligung betrug 51 Prozent.

Zur ersten Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik.

Die erste Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik hat im Reichstage damit geendet, daß diese Gesetzesvorlage an eine Kommission verwiesen worden ist. Die Aussprache über das Gesetz hat aber im Reichstage das wichtige Ergebnis gehabt, nicht nur die Stellung der einzelnen Parteien zu dem Gesetze, sondern zu der republikanischen Verfassung des Reiches überhaupt Klar zu legen, und ist dies in einer Zeit der revolutionären Bewegung von der höchsten Wichtigkeit. Der Reichsminister des Innern Dr. Köpfer begründete zur Einleitung der Beratung die Notwendigkeit des Gesetzes damit, daß die Regierung nicht warten könne, bis man der deutschen Republik den Hals abgeschnitten habe, auch wolle die Regierung gegenüber drohenden Ereignissen nicht immer mit neuen Verordnungen vorgehen, sondern es solle ein Gesetz geschaffen werden, welches unser verfassungsmäßiges inneres politisches Leben einem Gesundungsprozeß entgegenführe. Mit dem Gesetze zum Schutze der Republik soll aber keine politische Stimmung getrieben, sondern es sollen mit dem Gesetze nur die Verleumdungen und die Gewalttaten bestraft werden. Das Land sei in Gefahr und deshalb müsse ein Gesetz zum Schutze der Republik geschaffen werden. Der Abgeordnete Silberstein von der Sozialdemokratischen Partei sprach sich zustimmend zu der Gesetzesvorlage aus und erklärte noch, daß die Sozialdemokratische Partei zur ersten Mitarbeit an dem Gesetze bereit sei und daß die Republik und ihre führenden Persönlichkeiten geschützt werden müßten. Der Abgeordnete Dr.

Well von der Zentrumspartei erklärte, daß nach dem abgeleiteten Morde an dem Reichsminister Rathenau auch die ruhigsten Bürger zu der Ueberzeugung kommen müßten: Bis hierher und nicht weiter! Kleine Mittel würden angesichts der ungeheuren Gefahr, welche durch Mörderzentralen dem deutschen Volke drohten, nichts nützen, aber das Gesetz zum Schutze der Republik dürfe kein Ausnahmegesetz werden und niemand dürfe wegen seiner Ueberzeugung, solange er sie sachlich vertrete, bestraft werden. Darauf gab der demokratische Abgeordnete Dr. Peterlen im Namen seiner Fraktion die Erklärung ab, daß sich gegenüber den furchtbaren politischen Gewalttaten alle Kräfte vereint hätten, um die verfassungsmäßige demokratische deutsche Republik als den Staat zu schützen, in dessen Gestalt allein der Wiederaufbau des Vaterlandes möglich sei. Mit den neuen Strafgesetzbestimmungen gegen politische Verbrechen dürfe natürlich kein Ausnahmegesetz geschaffen werden, sondern die Ergänzung des Strafrechts durch das neue Gesetz müsse für alle Volkstheile gelten und Strafe gegenüber Aufruhr, Gewalt und Bedrohung enthalten. Der Abgeordnete Düringer von der Deutschnationalen Volkspartei führte aus, daß die jetzt aufgedeckten geheimen Organisationen mit Recht Mörderzentralen genannt werden könnten und daß das Einschreiten gegen diese Verschwörer als durchaus berechtigt anerkannt werden müsse. Solche gefährliche Jammerkerbe es aber nicht nur auf der äußersten rechten Seite, sondern auch auf der äußersten Linken. Die Gesetzesvorlage richte sich aber zu einseitig gegen die extreme Seite nach rechts, und müsse deshalb das Gesetz in der vorliegenden Form abgelehnt werden, denn es erkläre ja die Deutschnationalen fast für vogelfrei. Der Abgeordnete Dr. Rosenfeld erklärte, daß alle politischen Verbrechen der letzten Zeit aus den Kreisen der Monarchisten gekommen seien, und daß deshalb ein wirkliches Schutzgesetz für die Republik geschaffen werden müsse. Auch der Abgeordnete Stresemann von der Deutschen Volkspartei erkannte die Notwendigkeit des besseren Schutzes der Verfassung an, und müßten die in Deutschland vorhandenen Mörderorganisationen ausgerottet werden.

Örtliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Volksschule.) Durch Beschluß des Schulausschusses sind die diesjährigen Sommer- und Herbstferien für unsere Volksschule wie folgt festgelegt worden: Die Sommerferien beginnen am 15. Juli und enden am 12. August, die Herbstferien dauern vom 23. September bis 7. Oktober.

— (Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenschutz.) Das sächsische Ministerium des Innern, Personalamt, hat in einer im Ministerialblatt für die sächsische innere Verwaltung vom

1. Dezember 1922 veröffentlichten Verfügung darauf hingewiesen, daß bei der Entlassung von Arbeitnehmern zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl bei den staatlichen Behörden Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene erst in letzter Linie entlassen werden sollen.

— (33 Grad Celsius Hitze im Schatten!) Die Hitzewelle, die während der letzten Tage über uns hinwegging, scheint am Donnerstag ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Das Thermometer zeigte mittags 4 Uhr 33 Grad Celsius im Schatten, dabei wurde man wie von einem Samum umfassen, sodaß man ganz umsonst ein Heißluftbad nehmen konnte und der Schweiß nur so aus allen Poren drang. Im Nordosten sind Gewitter in Erscheinung getreten. Die Wettervorhersage baldiger Regenfälle mit Abkühlung ist glücklicher Weise in Erfüllung gegangen. Ein ausgiebiger Regen hat die durstenden Fluren reichlich erquickt; eine größere Regenperiode soll noch folgen.

— (Nicht bei Gewitter haben!) Die Erfahrung hat gelehrt, daß Badende häufig während eines Gewitters vom Blitz getroffen worden sind. Das ist selbstverständlich, weil alle Wasserflächen den Blitz anziehen und oft von Wetterschlägen betroffen werden, ohne daß dies bemerkbar hervortritt. Wenn man sich nun Badende im Wasser, deren Kopf und Oberkörper über die Fläche hervorstehen, so bieten diese nur zu leicht einen besonderen Treffpunkt für den elektrischen Funken. Bei einem nahenden Gewitter unterlasse man also lieber das Baden, so schön es auch sein mag, wenn der niederprasselnde Regen wie ein natürliches Brandbad den Körper herabrieselt.

— (Einrichtung von Steuerberatungsstellen des Landeskulturrates.) Zum Zwecke der Beratung und Auskunftserteilung in allen Fragen der jeweilig zur Veranlagung kommenden Reichs- und Landessteuern hat der Landeskulturrat die nachstehenden Einrichtungen von Steuerberatungsstellen geschaffen, die je nach dem hervortretenden Bedürfnis noch weiter ausgebaut werden soll. 1. Hauptstelle für Steuerberatung beim Landeskulturrat, Dresden-Alstadt, Sidonienstraße 14, 1; 2. Nebenstelle: Kreishauptmannschaft Bautzen: Landw. Kreisverein Bautzen. (Landw. Oberlehrer Dr. Müller und Dr. A. Neumann.)

— (Die Meisterprüfung) haben im Monat Juni 1922 im Bezirke der Gewerbelammer Zittau 38 Handwerker abgelegt und bestanden. Darunter Sattler: Arthur Schaller, Lichtenberg; Schmiede: Paul Häbner, Pulsnitz und Max Schönfelder, Großnaundorf.

— (Grüße und ähnliche Höflichkeitserformeln auf Drucksachen) Nach einer neueren Verfügung des Reichspostministeriums an die Postanstalten sind handschriftliche oder mechanische Zu-

